

# GASPREISERHÖHUNG: DIE FOLGE VON PRIVATISIERUNG

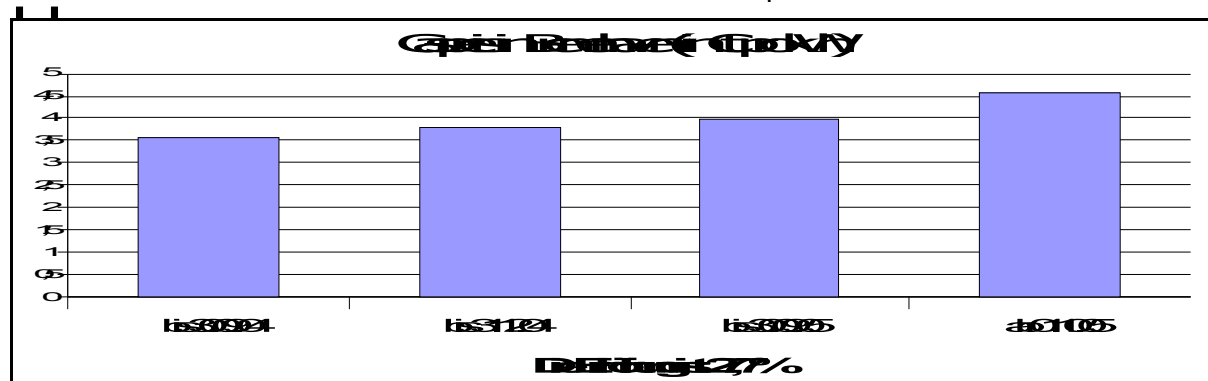
Seit September 2004 sind die Gaspreise in Bremerhaven um 27,7% erhöht worden. Weitere Erhöhungen zum 1. Januar 2006 sind auf der Web-Site der *swb Vertrieb Bremerhaven GmbH & Co. KG* bereits angekündigt.

Obwohl es bisher keine stichhaltigen Begründungen für die Preiserhöhungen gibt, sind die Protestaktionen noch sehr verhalten. Wer Widerspruch einlegt, wird mit Standardantwortbriefen abgespeist und lässt sich das oft gefallen. Wegen des Monopols des Versorgungsunternehmens, sind die Verbraucher diesem nahezu schutzlos ausgeliefert.

1. Halbjahr 2005 um 45,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum steigern.

Die *swb AG* ist nur ein Beispiel. Viele Kommunen versuchen durch das Ausgliedern und Privatisieren von kommunalen Betrieben die maroden Haushalte zu sanieren. Betriebe der kommunalen Daseinsvorsorge prä-sentieren sich jetzt oft als privatwirtschaftliche Unternehmen. Die bitteren Konsequenzen zeigen sich erst nach dem Verkauf. Dann haben die Kommunen weder Einfluss auf die Preise noch auf die Einkommen und die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter.

Im Kampf um höhere Profitraten können



um kurzfristig die Stadtkasse zu füllen, beschloss die Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1998, die Stadtwerke zu privatisieren. Der Magistrat der Seestadt Bremerhaven bedauerte kürzlich gegenüber der Nordsee-Zeitung, man habe keinen Einfluss auf die Preisgestaltung beim Erdgas. Schließlich sei die *swb AG* ein privates Unternehmen.

Das hätten sich die Stadtverordneten aber überlegen sollen, bevor sie die *swb AG* verscherbelt und so der demokratischen Kontrolle entzogen haben. Nun gehören 51% der *swb AG* der *Deutschen Essent GmbH*, ein Tochterunternehmen des niederländischen Energieversorgers *Essent N.V.* aus Arnheim. Über die restlichen 49% verfügt die *EWE AG* mit Sitz in Oldenburg. Die Profite, die für die Unternehmen abfallen, sind enorm! Allein *Essent N.V.* konnte das Nettoergebnis im **Deshalb fordern wir:**

ArbeitnehmerInnen einfacher entlassen und die Löhne gedrückt werden. Eine Tarifbindung existiert in privatisierten Betrieben deutlich seltener als in öffentlich-rechtlichen Unternehmen. Verbraucher und Beschäftigte haben die negativen Folgen der Privatisierungen zu tragen!

Wasser und Energie gehören zu den Grundelementen der Daseinsvorsorge, auf die niemand verzichten kann. Deshalb müssen die parlamentarischen Vertreter dafür sorgen, dass Wasser, Strom, Gas und Öl bezahlbar sind und die Preisbildung nötigenfalls von den Kartellbehörden überprüft wird. Auch dafür sind sie gewählt worden. Während die Einkommen der Arbeitnehmer seit Jahren stagnieren und momentan weiter sinken, bestehen bei den Energieversorgern keine Bedenken, die Preise innerhalb eines Jahres um mehr als ein Viertel zu erhöhen.

- Nein zu jeder Form von Privatisierung oder Teilprivatisierung; mittel- bzw. langfristige Rücküberführung privatisierter Betriebe der Daseinsvorsorge in öffentliches Eigentum!
- Offenlegung der Kalkulationsgrundlagen und der Preisgestaltung aller Energieversorger!
- Bezahlbare Wohnungen; öffentlich geförderter Wohnraum statt unbezahlbare Mieten!
- Eine gesicherte, kostengünstige Versorgung mit Gas, Öl, Wasser und Strom!
- Keine weiteren Ausgliederungen und Stellenabbau im öffentlichen Dienst!

*Gegen die Erhöhungen können wir uns gemeinsam wehren!  
Näheres am Infostand oder unter  
04 71 / 9 52 09 92 (Patrik Schulte/WASG)  
und 04 71 / 2 18 61 (Günter Matthiessen/Linkspartei)*



**KREISVERBAND BREMERHAVEN**

